

Stand: 17.05.2024 07:21:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/382

"Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte zentralisieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/382 vom 20.02.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 21.02.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1486 des GP vom 12.03.2019
4. Beschluss des Plenums 18/1621 vom 10.04.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 10.04.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte zentralisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Verfahren zur Anerkennung von im Ausland absolvierten Berufsabschlüssen in den Gesundheitsfachberufen beim Landesamt für Pflege zu bündeln.

Begründung:

Aktuell werden die Anerkennungsverfahren für Fachkräfte in den Gesundheitsfachberufen, die ihre Berufsqualifikation im Ausland erworben haben, auf Grundlage des Bayerischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BayBQFG) über die Bezirksregierungen in Bayern abgewickelt. Diese Situation führt zu sehr langwierigen Prozessen und Ineffizienzen. Eine Zentralisierung der Anerkennungsverfahren für im Ausland absolvierte Berufsabschlüsse in den Gesundheitsfachberufen beim neu gegründeten Landesamt für Pflege hätte den Vorteil, dass Synergien genutzt und somit Verfahren effizienter abgearbeitet werden könnten. Darüber hinaus gäbe es auch für die Betroffenen eine zentrale Stelle, an die sie sich wenden könnten, was zu mehr Transparenz im System führt. Schließlich könnten somit auch die Bezirke entlastet werden, die die frei gewordenen Kapazitäten für andere wichtige Themen nutzen könnten.

Es ist mir ein dringendes Anliegen, auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass das Wild über seine Fettreserven gut ausgestattet ist. Wir schauen aber natürlich nicht zu, sollte es erneut zu einer höheren Schneelage kommen – im April sind schon öfters Schneemassen in den Bergregionen vorgekommen –, sondern müssen dann reagieren. Wir werden dann darauf bedacht sein, dass wir das Wild unterstützen, und zwar auch mit einer Fütterung, bei der wir selbstverständlich auch finanziell zur Seite stehen.

Ich weiß, dass es immer wieder Diskussionen um mögliche Hubschraubereinsätze gegeben hat. Das möchte ich jetzt doch ansprechen; eigentlich wollte ich das in dieser Phase des Dankes nicht tun. Mir ist es wichtig, nochmals auszusprechen, dass zu dem Zeitpunkt, als die Anfrage kam, noch keine Notzeit gegeben war, und wir ausdrücklich davor gewarnt haben, das Wild noch einmal aufzuscheuchen. Es braucht diese Ruhe, und genau dieser Stress hätte dazu geführt, dass die Fettreserven und die Energie bei den Tieren abgebaut werden. Deswegen wollten wir den Einsatz nicht riskieren. Sollte es jetzt wider Erwarten zu einem "Rückfall" im Winter kommen, sind wir aber selbstverständlich bereit, hier auch zu helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal darauf zurückkommen: Der Einsatz der bayerischen Jägerinnen und Jäger ist vorbildlich, und ich würde sagen: Er ist Naturschutz im höchsten Maße. Wenn auch wir als Gesellschaft uns daran halten, die eigenen Grenzen ein Stück weit mehr zu respektieren, wird es uns das bayerische Wild danken. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Frau Staatsministerin bzw. die Staatsregierung hat ihre Redezeit insgesamt um eine Minute und fünf Sekunden überzogen. Damit gibt es das Recht für jede Fraktion, eine zusätzliche Redezeit von genau dieser einen Minute und fünf Sekunden zu beanspruchen. Ich möchte das offiziell hier bekannt geben und frage in die Runde, ob noch Wortmeldungen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Punkt abgeschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/379 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD, das sind die FREIEN WÄHLER, das sind die CSU, die FDP und die AfD. Wer ist dagegen? Gegenstimmen, bitte. – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Enthaltungen bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/381 mit 18/384 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, damit schließe ich die Sitzung und wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 14:26 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)**
Drs. 18/382

**Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte
zentralisieren**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Dominik Spitzer**
Mitberichterstatter: **Martin Mittag**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 6. Sitzung am 12. März 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/382, 18/1486

Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte zentralisieren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, weil wir eine Abstimmung haben. Wir stimmen über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge ab, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die AfD, die SPD und die FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten. – Sie sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich die Beratung der Dringlichkeitsanträge aufrufe, gebe ich Ihnen bekannt, dass die Fraktionen übereingekommen sind, beim letzten Tagesordnungspunkt – das ist der Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Natascha Kohnen, Florian von Brunn und anderer (SPD) betreffend "Endlich Rechtssicherheit für Mieterinnen und Mieter – Bayerische Mieterschutzverordnung sofort neu erlassen!" auf Drucksache 18/319 – auf eine Aussprache zu verzichten. Damit wird der Antrag nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen. Es wird ohne Aussprache darüber abgestimmt.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden
Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt
wurden (Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 (Vf. 4-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
 2. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 145) geändert worden ist,
 3. des Unterlassens des Gesetzgebers, allen Bürgern, die aufgrund ihrer Behinderung das Stimm-/Wahlrecht nicht ausüben können, dies mit Hilfe eines gesetzlichen Vertreters zu ermöglichen, wenn es ihrem Willen nicht widerspricht

PII/G-1310.19-0003
Drs. 18/1541 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist unzulässig.
- III. Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit ist hinsichtlich Ziffern 1 und 2 im Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 begründet, hinsichtlich Ziffer 3 ist der Antrag unzulässig.

IV. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐ ENTH	☐ ENTH

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. März 2019 (Vf. 2-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Festsetzungen 1 bis 11 der Gestaltungssatzung für den Markt Oberstdorf

PII-G1310.19-0001
Drs. 18/1488 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration.

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

[illegible]

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. März 2019 (Vf. 3-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Außenbereichssatzung „Kronacker“ der Gemeinde Hohenlinden vom 3. Juli 2018

PII-G1310.19-0002
Drs. 18/1489 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration.

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

[illegible]

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Ausbau von Gaskraftwerken in Bayern
Drs. 18/273, 18/1491 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

[illegible]

5. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u. a. SPD
Medienkompetenz an Bayerns Schulen systematisch vermitteln
Drs. 18/291, 18/1483 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. SPD
Schneekanonen- und Lift-Offensive am Riedberger Horn: Naturnaher Tourismus oder Skischaukel light durch die Hintertür?
Drs. 18/320, 18/1544 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische Fachkräfte zentralisieren
Drs. 18/382, 18/1486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☐	☒

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Arif Taşdelen,
Stefan Schuster u. a. SPD
Lkw-Parken in Wohngebieten
Drs. 18/389, 18/1547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

[illegible]

12. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl,
Diana Stachowitz u. a. SPD
„Crowdworker“ in Bayern
Drs. 18/445, 18/1490 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐ ENT

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbesserungen im Schienenpersonennahverkehr in der Region Regensburg
Drs. 18/446, 18/1546 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mietpreisbremse endlich rechtssicher machen!
Drs. 18/452, 18/1301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu den Missbrauchsvorfällen an der Hochschule für Musik und Theater München
Drs. 18/456, 18/933 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐